

ES GEHT AUCH OHNE ORWELL!

1. Lobet den Herren!

5

Das grundgesetzlich verbrieftete Recht, seine Meinung frei zu äußern, erfährt auffallend grundsätzliche Würdigungen. Daß öffentlich Kritik geübt werden dürfe, zählt zu den beliebtesten Meinungsäußerungen - von akkreditierten Vertretern der freien Presse und von maßgeblichen Vertretern des Volkes. Diese Liebhaber des freien Meinens halten es nicht für Zeitverschwendung, wenn sie ein gewährtes Recht ausgerechnet dazu benützen, den Instanzen ihren Respekt zu bezeugen, die einem die Gnade zuteil werden lassen, von ihren Werken und dem Wetter auch noch eine Meinung zu haben. Anlaß zu den einschlägigen Meinungsäußerungen über die Freiheit des Vorbringens einer Ansicht finden verantwortlich gesinnte Demokraten am laufenden Band. Nämlich immer dann, wenn ihnen eine Sorte Kritik nicht paßt. Statt die Kritik zu widerlegen, weisen sie den Kritiker zurecht; sie erteilen ihm die unmißverständliche Auskunft, er möge sich gefälligst darauf besinnen, daß er sich einer keineswegs selbstverständlichen *Erlaubnis* bedient.

10

15

Immer dann, wenn vom Standpunkt eines geschädigten Interesses eine staatliche Entscheidung *abgelehnt* wird, sind die Mahner zur Stelle: Die Instanzen, die einem das Meinen erst eröffnen, darf man nicht heruntermachen! Immer dann, wenn mit der Beurteilung eines nationalen oder größeren geschäftlichen Vorhabens ein *Einwand* verbunden ist, in dem keine *Anerkennung* sichtbar wird, heißt es: Kritik hat "konstruktiv" zu sein - oder "Geh doch rüber!" Auf gar nicht übermäßig nuancierte Weise erfährt so jeder Kritiker die demokratische Botschaft, auf die es offenbar den Fanatikern von Artikel 5 GG sehr ankommt. "Eine Zensur findet nicht statt." - aber die Wortmeldung eines jeden, der sich empört, meckert und urteilt, hat in ihrem Inhalt von einem gewissen *Pflichtbewußtsein* Zeugnis abzulegen.

20

25

Und wo die *Dankbarkeit* gegenüber einer "Ordnung" vermißt wird, die einem doch glatt genehmigt, mit ihren Verfügungen und Programmen nicht zufrieden zu sein, stellt sich auch stets ein meinungsmäßig vorgetragener *Fahndungsgesichtspunkt* ein. Welche Meinungen erträglich und zu dulden sind, das beunruhigt manche Gemüter prinzipiell viel mehr als die Frage, was schon wieder los ist. Kaum will irgendein oppositionell gestimmter Geist einen *Skandal* ausgemacht haben, wird ihm bedeutet, daß der eigentliche Verstoß gegen die guten Sitten eigentlich im öffentlichen Be- und Verurteilen bestehe. Aber nicht nur in solchen Fällen bewährt sich die Vorhut des gelobten Pluralismus als Bastion forscher *Anti-Kritik*. Ob der *Inhalt* einer Meinung in Ordnung geht, ist für die demokratischen Medien weit weniger interessant als das *rechte Maß*, das ein Unbefugter überschritten haben könnte. Um ein quantitatives Problem freilich handelt es sich bei den Prüfungsverfahren nicht. Sie gemahnen ja auch immer ein wenig an die Tätigkeit der im Schatten der Öffentlichkeit wirksamen Behörden, welche die zahlreichen antikritischen Befunde mit Leben erfüllen. Da sie gemäß GG Art. 18 handeln, sind sie auch nicht der KGB...

30

35

2. Allgemeine Grundsätze für die Äußerung keimfreier Meinungen

Für patente Demokraten ist jedoch auf dem Felde des geordneten Gebrauchs der Meinungsfreiheit guter Rat überhaupt nicht teuer. Sie müssen nur aufpassen, daß sie ihr Recht nicht *mißbrauchen*.
5 Das geht so, daß *der* Verdacht schon der Form nach entkräftet wird.

Ganz gut macht es sich schon einmal, wenn die Versicherung abgegeben wird, es handle sich im Falle des eigenen Einfalls garantiert nur um eine Meinung, um eine unter anderen und schon gleich um nichts Verbindliches. Mit dem *Bekennntnis zur Toleranz* kommt ein moderner Bürger in diesem unserem Land mindestens genauso weit wie dereinst seine Vorfahren “mit dem Hute in der
10 Hand”! Denn erstens liefert er damit seinen Respekt vor sämtlichen anderen Meinungen, auch und vor allem den entgegengesetzten ab. Und zweitens offenbart er auch, welchen praktischen Umgang er mit dem Gemeinten pflegt. Das *Wort*, dessen theoretische Gültigkeit bereitwillig in Frage gestellt wird, berechtigt selbstverständlich zu keinerlei *Tat*. Daß man “es nicht ernst meint”,
15 macht aus einer Meinung erst die Leistung, auf deren Würdigung in der Demokratie so viel Wert gelegt wird. In Erinnerung gerufen wird der Anstand des Meinens bei jeder Gelegenheit, die den Verwaltern der Freiheit passend erscheint. Für den Bundespräsidenten war die Weihnachtsaussprache wieder einmal Anlaß zu einer klärenden Mahnung:

“Niemand hat das Recht, sich selbst als im alleinigen Besitz der Wahrheit, den anderen aber als unbelehrbar hinzustellen.

20 Bei aller Notwendigkeit der Auseinandersetzung müssen wir tolerant bleiben. Toleranz schließt die Absage an Gewalt, schließt die Absage an alle Versuche ein, Entscheidungen durch physischen oder psychischen Druck statt durch Argumente zu beeinflussen.

Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht sind große Errungenschaften der Demokratie. Aber wer diese Rechte in Anspruch nimmt, kann daraus nicht ableiten, daß
25 nur seine Meiniung obsiegen darf.”

Selbstverständlich “obsiegt” auch in der Demokratie immer “*eine* Meinung”, wenn es Differenzen gibt. Aber eben nicht aufgrund einer speziellen Qualität, die den Urteilen einer streitenden Partei zukommt und als Wahrheit anerkannt wird, so daß sich irgendwer bemüßigt fühlt, seine praktischen Folgerungen daraus abzuleiten. Das Dogma des Pluralismus, das so viel Gefallen an
30 der Relativierung *sämtlicher* Ansichten findet, ohne auch nur eine einzige zu widerlegen, ist für seine Anbeter nur der Auftakt für die Klärung der *Gewaltfrage*. Die Überlegenheit gewisser Meinungen kommt - und zwar *z u Recht* - daher, daß sie sich als *amtliche* Positionen von *zuständigen* Leuten auszeichnen. Somit brauchen sie sich nicht mit der allen übrigen demokratischen Menschenkindern anstehenden Bescheidenheit zu präsentieren, die der Herr
35 Bundespräsident als Gewaltverzicht erläutert.

“Unser demokratisches Zusammenleben beruht darauf, daß Entscheidungen, die in einem rechtsstaatlich gesicherten Verfahren im Parlament fallen, von den Bürgern respektiert werden, auch von denen, die persönlich anderer Meinung sind.”

40 Mit dem Respekt vor der Obrigkeit würdigt der mündige Bürger die Errungenschaften des “demokratischen Zusammenlebens”.

Wenn er sich samt seiner persönlichen Meinung unterwirft und anerkennt, daß nur die jeweiligen Amtsinhaber zur praktischen Durchsetzung ihrer Meinung bevollmächtigt sind, dient er einer

großen Sache. Der repräsentative Festredner beschließt seinen kurzen Sozialkundelehrgang mit dem Hinweis auf die erwünschte Wirkung, die von der Übung klugen Nachgebens ausgeht:

“Ohne diese Bereitschaft würde der innere Friede in unserem Lande zerbrechen.”

5 So geht die demokratische Definition der *Grenzen*, die der Meinungsfreiheit gesetzt sind. Die beamteten Anhänger dieser Definition wollen von der Drohung, die sie da aussprechen für den Fall des Zuwiderhandelns, kein allzugroßes Aufheben machen. Ihnen liegt viel daran, daß der Zustand namens “innerer Frieden” für einen *Wert* angesehen wird, dem man seine Ansichten und die darin ausgesprochenen Interessen gerne opfert. Der unter staatlicher Schirmherrschaft hergestellte *praktische Konsens* hat am Ende noch aller Differenzen und Gegensätze in
10 irgendeiner Sache zu stehen. Das *partikulare Anliegen* zählt in dieser Philosophie eines verantwortlichen Gebrauchs der Freiheit genau so viel, wie es durch seine Zurichtung einen Beitrag liefert zum Gelingen *der* Interessen und “Meinungen”, die von der öffentlichen Gewalt mit dem Gütesiegel der *Allgemeinheit* versehen werden.

3. Bewährte Rezepte der Meinungsbildung

15 “Unter Patriotismus wird häufig nur die Aufgelegtheit zu außerordentlichen Aufopferungen und Handlungen verstanden. Wesentlich ist aber die Gesinnung, welche in dem gewöhnlichen Zustande und Lebensverhältnisse das Gemeinwesen für die substantielle Grundlage und Zweck zu wissen gewohnt ist.” (Hegel, Rechtsphilosophie, Paragr. 268)

20 Wer die höchst bedingte Anerkennung seiner “persönlichen” Meinung akzeptiert, braucht freilich auf den Genuß nicht zu verzichten, den ihm das Recht auf Meinungsäußerung anheimstellt. Es ziemt sich zwar nicht, die erlittenen Schäden zu *registrieren*, die bei der Mehrheit an der Tagesordnung sind und sich in ihrem Verkehr mit der Geschäftswelt ebenso einstellen wie in ihrer
25 Pflichterfüllung als Staatsanhänger. Wer gar noch weiter geht und die Strapazierung seines Geldbeutels und seiner Gesundheit *jenen beiden Instanzen zuschreibt*; fällt aus dem auf Harmonie angelegten Markt der Meinungen schon gleich heraus. Immerhin aber bietet dieser Markt eine leicht zu erlernende *Methode* zur Übernahme an, mit der aus der eigenen Meinung eine *respektable* Meinung wird und der Zugang zum öffentlich-rechtlichen Streit der Bürger gesichert
30 ist.

Die Eintrittskarte ins Reich der Meinungsfreiheit druckt man sich ganz einfach dadurch, indem man sich der Elementarform der *politischen Heuchelei* befleißigt. Es gilt, die *Relativierung* der eigenen Anliegen gleich zum *Inhalt* jeden Urteils zu machen, also alles, was man beansprucht und will, in eine *allgemeine Notwendigkeit* zu übersetzen. Nicht mehr Bedürfnisse und Interessen sind
35 anzumelden - denn die bringen allzuoft jenen häßlichen Ton ins Spiel, der für die Benennung und Austragung von *Gegensätzen* so charakteristisch ist. Für das Recht und die Befolgung der ihm innewohnenden Grundsätze der Moral muß man sich stark machen! Dann darf man Klage führen, sooft einem etwas mißfällt. Unter Berufung auf die Prinzipien seiner Gegner, der Instanzen, die einem das Leben schwer machen, kommt jedermann mit den Sachwaltern des Allgemeinwohls ins
40 Gespräch. Sicher, seine Interessen bleiben in diesem Diskurs auf der Strecke, weil ihm der Bescheid erteilt wird, daß die Erfüllung der vorgebrachten Anliegen in den verehrten Grundsätzen

des “demokratischen Zusammenlebens” und seiner verantwortlichen Ausgestaltung nicht einbezogen sei. Aber die zurückgewiesene Meinung erfreut sich des Gehörs, das einer “*Alternative*” gebührt, die den demokratischen *Willen zur Vereinbarkeit* sich ausschließender Ansprüche erkennen läßt.

5 An der *Wirkungslosigkeit* solcher Meinungen brauchen ihre Verfechter ebensowenig zu
verzweifeln, wie sie sich der *Unwahrheit* zu schämen brauchen, die ihre Ansichten ziert. Die
Genugtuung mit drei “u”, ihre Meinung gesagt zu haben und mit einer Zurückweisung belohnt
worden zu sein, können sie sich ja auf ihr Konto, das moralische, schreiben. Immerhin mischen
sie mit und haben auch nach erfolgter Abfuhr “ihren Standpunkt” vertreten. Einen Standpunkt, der
10 sich rühmen kann, die Ausgeburt einer wahrhaft *politischen Gesinnung* zu sein. Denn wer Kritik
übt und dabei nicht die Maßstäbe seiner verletzten Interessen zur Anwendung bringt, wohl aber
den *Maßstab der Politik*, der er die *Zuständigkeit* für seine Belange ebenso überantwortet wie die
Erfüllung derselben, der hat wider alle Erfahrung die Auskunft Hegels über den Patriotismus zu
seiner Einstellung werden lassen. Für ihn ist sein Staat nicht nur *Bedingung* seines
15 Zurechtkommens, sondern *positive* Bedingung. Nicht eine mit Gewalt versehene Instanz, von der
es abhängt, was er vom Leben hat, sondern eine Sache, um die es sich zu kümmern gilt, als würde
man nicht nur *i n* dieser Nation und unter den Direktiven ihrer Macher leben müssen, sondern *von*
ihr und ihrem Erfolg!

20 Deshalb mühen sich sämtliche verantwortliche Teilnehmer am öffentlichen Meinungsstreit auch
immer gleich um die *Verbesserung* bzw. das *Gelingen* der Politik, wenn sie etwas vorzubringen
haben.

4. Respektabler Unsinn

ist in der Welt der Meinungsfreiheit keine Mangelware. Denn die vertrauensselige und
25 vertrauenheischende Anwendung *des Ideals von Herrschaft* - nicht um der Benutzung, sondern
um des Nutzens der Regierten willen hätten sie eine Regierung - auf sämtliche Affären des
bürgerlichen Lebens stellt alles auf den Kopf. Wo die *Ausübung der öffentlichen Gewalt*, um die
lauter ehrenwerte Männer und Frauen ein Leben lang mit allen Schikanen konkurrieren, den Titel
“*Last der Verantwortung*” trägt, lebt die toleranzgeschwängerte Diskussion von der Nachfrage
30 und Zufuhr an *nationalistischen Lügen*.

Als “objektiv” und “sachlich” gelten hier nur Einlassungen, welche den wohlbekannt
Wirkungen der politischen Gewalt den Status von “*Problemen*” zuerkennen. Von Problemen, mit
denen sich die Führungskräfte der Nation mehr oder minder geschickt herumschlagen, weil sie sie
vorfinden. Nichts von dem, was die Mehrheit an Leistungen und Opfern auferlegt kriegt, gilt als
35 *Werk* der Politik und *Folge* der Ordnung, die sie sichert.

Die Deutungen, die die maßgeblichen Herrschaften von ihren Aufgaben liefern, werden ernst
genommen, auch wenn sie auf den ersten Blick ihre Absurdität erkennen lassen.

1984 geht es ums “*Sparen*” - wenn die Regierung ihren Haushalt einteilt und erweitert. Sie ist mit
lauter “Schwierigkeiten” konfrontiert, wenn sie ihren hoheitlichen Umgang mit Geld und Kredit
40 pflegt, von dessen Eigentümlichkeiten kein diskutierender Demokrat etwas wissen will.

Bescheiden ist der öffentliche Geist der Freiheit. Er betrachtet den Staatshaushalt wie eine kollektive Privatkasse aller Bürger, um die Notwendigkeit eines konsequenten und gerechten Sparens zu deduzieren, eine Ankurbelung der Wirtschaft zu fordern und die Schröpfung armer Leute für unumgänglich zu befinden.

5 1984 geht es natürlich auch um "*Beschäftigungspolitik*" - auch wenn jedermann weiß, daß mit der staatlich garantierten Freiheit des Geschäfts allein die Rentabilität der Unternehmen darüber entscheidet, wieviel arbeitslos werden. Wo die Regierung die Arbeitslosigkeit zu ihrem Problem erklärt und die Arbeitslosen für zu teuer, dann auch noch die Beschäftigten, darf man getrost mitproblematisieren. Die Gründe interessieren nicht, dafür um so mehr die vielen Wege, an den
10 brauchbaren wie überflüssigen Lohnabhängigen zu sparen. Gerade wenn das Gegenteil erfahren wird, gilt das Dogma vom Erfolg der deutschen Wirtschaft, der mit dem Erfolg ihrer Bediensteten zusammenfällt. Und wenn "Erfolgsbranchen" entlassen, daß es nur so kracht, ziemen sich kritische Befunde wie "Die Beschäftigungspolitik der Regierung ist gescheitert..., hat noch nicht
15 gegriffen", weil sie die offizielle Lüge von den prinzipiell guten Taten fortsetzen. Seitdem die überflüssig gemachte Arbeiterbevölkerung zu den stehenden Einrichtungen der BRD gehört, entgeht aber auch nichts mehr in Wirtschaft und Politik einer Betrachtung daraufhin, ob es nicht irgendwie "Arbeitsplätze schafft". Was da alles für diesen Zweck ideell eingespannt wird, ist wirklich sehr frei - von jedem Körnchen Wahrheit. Dafür gewöhnt es die "Bürger" inmitten der Gegensätze, die sie zu spüren kriegen, an die gan-z gemeinsame *nationale Sorgepflicht*.

20 1984 geht es nach wie vor um "*Friedenspolitik*" - was sollte auch sonst dahinterstecken, wenn der eigene Staat mit seinen Verbündeten sein Kriegsgerät vermehrt? Wenn er alles, was unter seiner Herrschaft an Lebensäußerungen erlaubt und geboten ist, für gefährdet ansieht, solange er nicht in der Staatenwelt mit ganz viel militärischer Gewalt seine Handlungsfreiheit sichert? Daß die Freiheit und ihre weltweiten Händel ihren Erfolg auf die Durchschlagskraft ihrer Waffen gründen, daß diese Waffen zur Sicherung "unserer Interessen" immerzu im Einsatz sind, wird hinreichend
25 bekanntgemacht. Aber nur, um die Zwecke des weltpolitischen "Engagements" der Nation gründlich zu loben - unter dem Titel *Dienst a m Frieden*. Selbstverständlich darf auch in dieser Abteilung frei gemeint werden; Zweifel daran, ob die eine oder andere Maßnahme den Frieden sicherer macht oder nicht, sind sehr willkommen. Den Konsens, daß internationale Politik für
30 "den Frieden" veranstaltet werde, kündigen solche Zweifel ja nicht auf. Und die Toleranz zwischen den streitenden Parteien begleitet als Gratisgabe die Diskussion einer grundsätzlichen Lüge über das "Wozu?" der Strategie der Nation.

1984 ist sicherlich auch ein Jahr für große Anstrengungen in der "*Umweltpolitik*". Seitdem nicht mehr zu übersehen ist, daß die Natur für ihre Dienste als schlichtes Lebensmittel unbrauchbar
35 gemacht wird, weil sie von der freien Wirtschaft so ausgiebig gebraucht wird, gibt es die "*Umwelt*". Erstens als Objekt gemeinsamer Fürsorge, zweitens als eine Sache, für die die Politik zuständig ist - als Retter! Höchstens die matte Kritik, in der Vergangenheit wären *Versäumnisse* festzustellen, bricht sich da Bahn. Daß die *Förderung* der rücksichtslosen Vermehrung von Kapital, auch "Wachstum" genannt, dem holden Gemeinwesen über alles ging und geht, will
40 niemand behaupten. Konstruktive Beiträge über Alternativen des staatlichen Rettungsprogramms sind erwünscht und laufen ein, wenn "wir" künftig die Kosten einer Chimäre namens "Umwelt" tragen.

Das Jahr 1984 läßt sicherlich auch der “*Entwicklungspolitik*” genügend freie Entfaltung. Was sollten Export von Waren, der Import von Rohstoffen und überhaupt der Kapitalverkehr über die Grenzen hinweg auch für einen Zweck haben, wenn nicht den der “Entwicklung”? Um Hilfe geht es da allemal, auch wenn in den international bilanzierten Leichen und Schulden manchmal ein
5 etwas anderer Eindruck entsteht! Die freien Meinungen, die auf Kritik aus sind, vermeiden tunlichst jedes Dementi der erlogenen Zielsetzungen. Wieder einmal übernimmt “Kritik” ganz den Standpunkt, den die kritisierte Instanz für sich reklamiert. So gibt es unter den debattierendem Wohltätern der “Dritten Welt” auch einige, die “Unterlassungen” und “falsche Konzepte” beklagen. Das alles selbstverständlich, um die “Entwicklungspolitik” voranzubringen.

10 Die Veranstaltung, auf die sich die Demokratie so viel zugute hält und als Freiheit der Meinung feiert, verleugnet ihren Zweck bei keinem Thema. Die organisierte Öffentlichkeit mit ihren vielen Freigeistern bewährt sich als eine einzige *Schule des Nationalismus*. Das Lernziel lautet: Propagierung der unverwüstlich *guten Zwecke der Nation* und kritische Anteilnahme an den *Idealen ihres Erfolgs*. Teilnahmeberechtigt ist jedermann, der sich glücklich schätzt, “wir” sagen
15 zu können, und alles, was Staat und Kapital ausrichten, in “unser Problem” verfabelt. Dann ist er öffentlich anerkannter Bestandteil jener pluralen Einfalt, mit der um die optimale Erfüllung *der* “Aufgaben” geistig im freien Stil gerungen wird, die per Gewalt erledigt werden.

Der Vorteil für diejenigen, die nicht nur das Sagen haben, liegt auf der Hand. Die Unwahrheiten über ihre Taten sind schließlich lauter vertrauensvolle Anträge an sie. Dem Gedeihen *ihrer* Sache
20 wird ja immerzu das Wort geredet, und Kritik besteht in der Aufforderung, *dasselbe immer noch besser* zu machen. Das spüren die Verantwortlichen ganz innig, wenn sich unter Anleitung berufsmäßiger Wortführer die Sorge breit macht, ob sie “*e s schaffen*”.

5. Bürgerlicher Personenkult

25 Mit der aufwendig inszenierten Frage, ob und wie die Regierung mit ihren “Schwierigkeiten” fertig wird, begnügt sich die aufgeklärte Öffentlichkeit nicht. Ob der Kanzler mit den Rentnern und Arbeitslosen, den EG-Partnern und den Russen zu Rande kommt und die Ehrentitel, die er seinen “Aufgaben” beimißt, pflichtgemäß erfüllt, macht noch nicht die Würdigung aus, welche die losgelassene freie Meinung den Herrschaften zuteil werden lassen möchte.

30 Das journalistische Handwerk, bewandert in der Technik der Demokratie, in der zwar nicht über die Politik, wohl aber über ihr Personal per Wahl entschieden wird, leistet Gewaltiges. Es verdolmetscht die Entscheidungen und Argumente der Regierenden noch einmal extra - als *Leistungen von Menschen*, die Achtung verdienen. In nicht zu überbietender Abstraktion vom Inhalt der Politik wenden sich die Moderatoren der Nation den *Geschmacks- und Stilfragen* zu -
35 und diskutieren Herrschaft als eine einzige Angelegenheit menschlichen Zutrauens. Die methodischen Maßstäbe, die da angelegt werden, heißen “Glaubwürdigkeit”, “Entschlossenheit”, “Führungsstärke” und so fort. Was ein Politiker für seine *Sympathie* tut, wie er sich gibt und sich Beifall verschafft, wird zum Interesse an der Politik. Die Gemeinplätze, mit denen einer seinen Parteitag “geschlossen” hinter sich bringt, werden - als hätte nicht alles festgestanden - als
40 überzeugende brillante Rhetorik kolportiert. Und jede erfundene oder vorhandene Tugend gerät zum Verdienst - das eine Mal die “Bereitschaft zum Kompromiß”, das andere Mal die “Härte”.

Entdeckt werden die *menschlichen Qualitäten* der hohen Herren in verabredeten und stimmungsvoll geprobten Interviews, wo die Fragen die Antworten sind. Aber auch und vor allem in Reportagen über die Privatsphäre, so daß das gedeckelte Volk in eine zwar fiktive, aber zutiefst menschliche Beziehung zu seinen Regierenden tritt. “Kohl spült im Urlaub selbst ab.”, “Kanzler schmückt Christbaum” - lauten die Meldungen, die auf einen Respekt berechnet sind, der mit Herr und Knecht garantiert nichts zu tun haben soll. Aber eben *soll* - denn bei anderen Leuten wären die Hiobsbotschaften dieses Kalibers völlig deplaziert!

Aus Gesundheitszustand und Familienleben, Wanderlust und musikalischen Neigungen verfertigen gelernte Meinungsmacher so Tag für Tag ein *Persönlichkeitsbild der Herrschaft*, von der man sich getrost regieren lassen kann. Was Presse und Fernsehen in dieser Hinsicht leisten, würde einen Stalin mit seinem “Personenkult” vor Neid blaß werden lassen. Die paar aufgehängten und auf Demonstrationen vorbeigeschleppten Porträts sind nämlich lächerlich angesichts des Aufwands, der in der Demokratie mit der Ansehens-Pflege des Herrschaftspersonals getrieben wird.

Den Dank ans Volk, das diesem Zirkus ohne Murren beiwohnt, stattet im Namen und mit den Sprüchen der Politiker dieselbe Journalistengarde ab. Sie versteht sich auch auf die Kunst, das Volk bei Laune zu halten, indem sie es selbst als Gegenstand der Unterhaltung feilbietet.

6. Bürgerlicher Proletkult

Politiker sind stolz auf ihr Volk, wenn es sich manierlich den Zwängen fügt, die sie verfügen, und sich in der Mehrung von Reichtum und Ansehen der Nation bewährt. Sooft sie ihre Komplimente ausstoßen und ihren Landsleuten zu ihren Opfern gratulieren - die professionelle Journaille vermerkt es. Ein Kanzler oder Präsident mag ganze Festreden mit dem herzlichsten Lob auf die *Tugenden der Untertanen* bestreiten - den Idealisten gelungener Herrschaft will nichts auffallen. Warum sollte sie auch die von oben *bequatschte* “Harmonie” zwischen Herr und Knecht - letzterer brav, fleißig und nachkriegserprobt - stören, wenn sie an den opferträchtigen “Sachzwängen” Gefallen finden?

Da strengen sich studierte Nationalisten mit Schreibmaschine und Fotoapparat lieber zusätzlich an und bebildern - in Wort und BILD - die *intakte Moral* der kleinen Leute, helfen ihr mit abschreckenden Beispielen immer wieder auf die Sprünge und diskutieren an Bundesligaspielern das Verhältnis von Lohn und Leistung! In Serien über *Sex* und Erbrecht spielen sie sich zum praktischen Ratgeber auf, der das Zurechtkommen erleichtert - so als wüßten sie nicht genau, daß der lebenslange Mißerfolg in den betreffenden Sphären für ihre Leser längst feststeht. Auf die ihnen bekannte *Armut* gehen sie mit Glücksspielen und einer guten Tat pro Tag ein, und dem dialektischen, sehr bürgerlichen Gedanken von den unausweichlichen *Notwendigkeiten*, die man als *Möglichkeiten* auffassen soll, werden sie in ihren *Horoskopen* gerecht.

Damit sich angesichts dieser trostlosen Unterhaltung des gemeinen Publikums die nationale Einbildung nicht verliert, es trotz allem gut getroffen zu haben, sehen sie Sport und Musik, Wein und Weib, alles streng deutsch. Mängel und Vorzüge des Auslands und seiner Insassen kommen ausgiebig zur Sprache, und am ausführlich behandelten Feindbild darf sich jedermann frei

überzeugen - davon, daß der Umgang seiner Herren mit auswärtigem, östlichen Staat und Volk allemal in Ordnung geht. Da hält man sich doch gern zur Verfügung!

5 Die Dummheiten und Gemeinheiten, für die in der segensreichen Sphäre der Meinungsfreiheit so viel grundgesetzlich verbürgter Platz ist, verraten nur eine Anstrengung: Jeder in seinem Stande darf sich die ihm gemäße Sorge um das Wohl der Nation und deren "inneren Frieden" machen.

Und solange diese Anstrengung Erfolg hat, solange sich die kleinen Brüder dauernd um das Fortkommen der Herrschaft, um deren Wohlbefinden und den Anstand der anderen kümmern, erübrigt die Demokratie den "großen Bruder"!